

Pressedienst Nr. 16485
Freitag, 10. März 2023

Runter mit den Preisen - zurzeit einziges Motto internationaler Getreidemärkte	1
EU-Schweinemarkt: Flüssiger Warenstrom trotz unterdurchschnittlichem Angebot	3
EU-Absatzförderung für landwirtschaftliche Erzeugnisse bis 20. April beantragen	4
Strasser: Bundeskanzler Karl Nehammer ist Unterstützung des Bauernbundes sicher	4
LBG-Farm-Managementsystem vereinfacht Aufzeichnungen für den MFA	5
NÖ Bauernbund fordert Verfassungsrang für Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln	6

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Runter mit den Preisen - zurzeit einziges Motto internationaler Getreidemärkte

Optimismus zu Schwarzmeer-Getreide-Deal - Österreich: Stotternde Nachfrage abgewürgt

Wien, 10. März 2023 (aiz.info). - Runter mit den Preisen. Das und nichts anderes dürften die Terminmärkte für Weizen, Mais, Soja und Raps zurzeit kennen. Fundamentale Faktoren wie Dürre in Argentinien, ausbleibender Regen in den USA und in Frankreich oder schwunghafte Maisexporte aus den USA bleiben unberücksichtigt. Selbst der Monatsbericht WASDE des US-Landwirtschaftsministeriums zu den globalen Versorgungsbilanzen vom Mittwochabend (aiz.info berichtete) ging diesmal ohne Eindruck zu hinterlassen an den Märkten vorbei. Druck kommt von einem üppigen, zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt drängenden Weizenangebot vom Schwarzen Meer, sinkenden Rohölpreisen sowie von der Erwartung der Verlängerung des Getreide-Deals zu den Exportkorridoren über das Schwarze Meer. Die allgemeine Baisse würgte den in der Vorwoche stotternd angesprungenen Nachfrage-Motor am heimischen Kassamarkt auch gleich wieder ab.

Zu den internationalen Märkten heißt es, eine Trendwende könnten allenfalls negative Aussichten auf die herannahenden Sommerernten auf der Nordhalbkugel einleiten. Das Interesse richtet sich unter anderem auf die erste Prognose des US-Landwirtschaftsministeriums USDA für das Wirtschaftsjahr 2023/24, die in der Mai-Ausgabe seines WASDE-Berichts zu erwarten ist.

Optimismus bezüglich Verlängerung des Getreide-Deal überwiegt

Die UNO und die Türkei versuchen intensiv, die Vertragsparteien Ukraine und vor allem Russland zur Verlängerung des Getreide-Deals über den 18. März hinaus zu bewegen. UNO-Generalsekretär Antonio Guterres reiste dieser Tage etwa zu Gesprächen nach Kiew. Am Montag kommender Woche werden Vertreter Russlands zu Gesprächen in Genf erwartet.

Wie es heißt, solle am 15. oder 16. März eine offizielle Erklärung der Vermittler UNO und Türkei zu erwarten sein. Auch wenn Russland in den letzten Tagen etwa in Person von Außenminister Sergej Lawrow mit der Kritik, der Getreide-Deal sei bisher nur zur Hälfte umgesetzt, wiederholt querschoss, rechnen die Märkte überwiegend mit einer Verlängerung. Denn auch Russland, das auf übervollen Lagern sitzt, sei von ungestörten Exporten über sichere Schwarzmeer-Routen abhängig. Man wolle aber mit den Drohungen offensichtlich Erleichterungen bei indirekten Sanktionen gegen Agrar- und Düngerausfuhren wie beim Zugang zu Logistik- Finanz- oder Versicherungs-Dienstleistungen herauschinden.

Preisdruck geht von billigem Schwarzmeer-Weizen und Rohöl aus

Der internationale Preisdruck geht neben dem Optimismus bezüglich des Getreide-Deals auch von den auf Hochtouren laufenden und zunehmend billiger angebotenen Weizenausfuhren der Schwarzmeer-Region aus. Der Weizen zieht - zusammen etwa mit zuletzt gesunkenen Rohölpreisen - auch "Nachbarmärkte" wie den für Mais nach unten. Die als Folge der Ankündigung weiterer Zinserhöhungen in den USA fallenden Preise von Rohöl aber auch von Pflanzenölen reißen wiederum die von Raps mit sich.

An der CBoT in Chicago fielen die Weizenfutures diese Woche auf seit eineinhalb Jahren nicht gesehene Tiefstände. An der Euronext in Paris gab der Schlusskurs des mittlerweile als Fronttermin maßgeblichen Mai-Weizenkontrakts von vorigem Freitag bis Donnerstag dieser Woche von 275,25 auf 263,50 Euro/t nach. Mais zur Lieferung im Juni fiel in diesem Wochenabstand von 271,25 auf 260,25 Euro/t. Raps mit Fälligkeit Mai stürzte durch die psychologisch wichtige Decke von 500 Euro/t. Er verlor von 538,50 auf 499,00 Euro/t. Im Freitagshandel setzte sich die Talfahrt der Pariser Agrar derivative weiter fort - insbesondere verlor Raps am Mittag weitere 11,50 Euro/t.

Fundamentaldaten treten zurzeit in den Hintergrund - Konservative USDA-Schätzungen

In den Hintergrund treten dabei zurzeit etliche Fundamentaldaten: So senkte das Landwirtschaftsministerium in Washington die Bonitierung der Winterweizenbestände im wichtigen Anbaustaat Kansas binnen Wochenfrist um zwei Prozentpunkte auf lediglich 17% "good to excellent". Trockenheit in Süd- und Auswinterungen durch Eiskrusten in Zentralrussland veranlassten den Analysten Sovecon, die Prognose für die russische Weizenernte 2023 um weitere 0,7 Mio. t auf 83,5 Mio. t zu senken. Zum Vergleich: 2022 hätten die russischen Landwirte laut Moskauer Agrarressort 104 Mio. t Weizen eingefahren, die "traditionell" weit vorsichtigere Schätzung des USDA lag diese Woche bei 92 Mio. t.

Dass die WASDE-Berichte bei der Anpassung von Ernteschätzungen offensichtlich zur Vermeidung größerer Verwerfungen auf den Märkten sehr konservativ vorgehen, zeigen zudem die Prognosen der Folgen von Dürre in Argentinien: Während das USDA diese Woche Argentinien's Sojaernte 2022/23 um 8 Mio. t kleiner als zuletzt mit 33,00 Mio. t bezifferte, senkte die Getreidebörse in Rosario ihre zuvor schon düsterere Prognose um weitere 7,5 Mio. t auf 27,00 Mio. t Sojabohnen.

Für den von üppigen Regenfällen gesegneten Nachbarn Brasilien, wo sogar ein Zuviel an Niederschlägen die Ernte verzögert, nahm die Agrarbehörde Conab die Erwartung in die Sojabohnenproduktion 2022/23 um 1,4 Mio. t auf 151,40 Mio. t zurück. China - weltgrößter Importeur - soll zuletzt seine Kaufbemühungen am Sojaweltmarkt deutlich verstärkt haben, um sowohl für Verzögerung von Lieferungen aus Brasilien vorzusorgen als auch deshalb, weil im Reich der Mitte Wirtschaft und Nachfrage wieder anspringen.

GVO: Thema für Weizen in Brasilien und Streitgegenstand zwischen Mexiko und USA

In Brasilien wird Gentechnik ein Thema: Der südamerikanische Agrarriese experimentiert mit GVO-Weizensorten, um die Importabhängigkeit bei diesem Getreide zu verringern. Brasilien ist mit Einfuhren von rund 6,4 Mio. t Weizen in den vergangenen Jahren und laut USDA-Schätzung heuer von 5,6 Mio. einer der größten Weizenimporteure auf der Welt.

Ein von Mexiko anvisiertes Verbot von GVO-Maisimporten führt hingegen zu heftigen politischen Verwerfungen und Druck aus den USA. Die Farmer in den USA, des mit fast 47 Mio. t weltweit zweitgrößten Maisexporteurs nach Brasilien, machen den Löwenanteil des Geschäfts bei Mexikos mehr als 17 Mio. t Maisimporten. Im Falle des Verbots von GVO-haltigen Maislieferungen sehen sie ihre Felle davonschwimmen, weil in den USA kaum mehr GVO-freie Maissorten angebaut werden.

Stotternd angesprungener Nachfrage-Motor in Österreich wieder abgewürgt

Die auf eine nur kurze Phase der Erholung gefolgte neuerliche Abkühlung der internationalen Preisniveaus habe am österreichischen Kassamarkt die Verarbeiter wieder Abstand von aktiverer Kaufstätigkeit nehmen lassen. Der stotternd angesprungene Nachfrage-Motor war damit rasch wieder abgewürgt. Mühlen zeigten sich nunmehr wieder gut mit Rohstoff versorgt, hieß es rund um die dieswöchige Notierungssitzung der Wiener Produktenbörse. Solange sich die Trends nicht umkehrten, sei nicht mit substanziellen Geschäften oder gar mit der noch offenen Deckung des Bedarfs für den Anschluss an die neue Ernte zu rechnen, sondern bestenfalls weiterhin nur mit dem kurzfristigen Stopfen von Bedarfslücken oder sogenannten Drehungsgeschäften.

Dabei werde beim Brotgetreide der Angebotsdruck der Abgeber aus dem In- und auch Ausland stärker, und die Preise geben weiter nach. Damit notierten Premium-, Qualitäts- und Durumweizen am Mittwoch in Wien wiederum deutlich niedriger als zuletzt.

Am Maismarkt, so dem Vernehmen nach, hielten sich nicht nur die Aufkäufer unter dem Hinweis auf unsicheren Absatz und daher gedrosselte Verarbeitungskapazitäten zurück. Auch die Abgeber seien - motiviert von den doch größeren Deckungskäufen der Vorwoche - nicht bereit, die aktuellen Geldkurse zu akzeptieren. Diese Deckungskäufe kamen zustande, weil offensichtlich die Zufuhr über die Donau wegen Niederwasser und Kleinwasserzuschlägen bei den Transportkosten ins Stocken geraten sei. Nunmehr heißt es aber, dass Angebote aus dem Osten wieder drückten und heimische Anbieter die dadurch vorgegebenen Preisen nicht verschmerzen könnten. Denn etliche Lagerhalter litten darunter, Mais aus der Ernte zu den damals noch hohen Preisen teuer eingekauft zu haben und nunmehr beim Verkauf schmerzhaft Verluste hinnehmen zu müssen.

Lieferungen der Ukraine über den Landweg in osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten hatten zuletzt in diesen Regionen für Unmut gesorgt, weil diese dort oftmals gestrandet seien, anstatt ihren Weg weiter in die Nachfragezentren der westlichen EU zu finden. Dies habe die lokalen Preisniveaus unter Druck gesetzt. Nunmehr heißt es aus Getreidehandelskreisen, Zollbehörden in Polen oder Rumänien seien dazu übergegangen, für westliche Mitgliedstaaten bestimmte Getreidelieferungen aus der Ukraine unkontrolliert und verplombt durchzuwinken und deren Abfertigung ihren westlichen Kollegen zu überlassen, währenddessen sie für ihre Länder bestimmte Ware mit einer Reihe von zeitaufwändigen Grenzformalitäten behandelten.

Ruhig ist auch der Ölsaatenmarkt - auch hier frische das Angebot aus dem Osten auf. Zumindest sei mehr Interesse der Verarbeiter an neuer Ernte ausgemacht worden, wobei sich die Quotierungen aber kaum von denen alter Ernte unterscheiden. (Schluss) pos

EU-Schweinemarkt: Flüssiger Warenstrom trotz unterdurchschnittlichem Angebot

Notierungen auf hohem Niveau gefestigt

Wien, 10. März 2023 (aiz.info). - Nicht wirklich Neues im Vergleich zu den Vorwochen berichten die Marktanalysten aus den EU-Mitgliedsstaaten. Während die EU-weit zwischen 5 und 10% dezimierte Schweinepopulation signifikant unterdurchschnittlich schlachtreife Tiere an die Schlachthaken liefert, scheint sich das neue Preisniveau am Fleischmarkt zu etablieren. Das Umsetzen des höheren Preises Richtung Endverbraucher bleibt aber nach wie vor die Herausforderung in der Fleischbranche. Vor diesem Hintergrund zeigen die Notierungen ein einheitliches Bild von Stabilität.

Auch in Österreich haben sich die Verhältnisse zwischen dem Lebend- und dem Fleischmarkt angeglichen. Im Vergleich zu den Vorwochen verläuft der Warenstrom mittlerweile auf beiden Seiten flüssig und flott. Erste Bestellungen der Fleischindustrie Richtung Ostergeschäft haben das zuletzt skeptische Kaufverhalten entspannt, berichtet **Johann Schleder**, Geschäftsführer der Österreichischen Schweinebörse. Stabile Schlachtgewichte um die 98 kg belegen den wunschgemäßen Abfluss aus den Maststallungen. Demzufolge waren sich Anbieter und Abnehmer an der Österreichischen Börse einig, das Preisniveau für Mastschweine unverändert bei 2,34 Euro/kg Schlachtgewicht (Berechnungsbasis: 2,24 Euro) fortzuschreiben. Auch der Ferkelpreis bleibt mit 3,80 Euro/kg unverändert. (Schluss)

EU-Absatzförderung für landwirtschaftliche Erzeugnisse bis 20. April beantragen

Kommission stellt 185,9 Mio. Euro bereit

Brüssel, 10. März 2023 (aiz.info). - Zur Absatzförderung nachhaltiger und hochwertiger EU-Agrar- und Lebensmittelprodukte sowohl in Europa als auch weltweit stellt die Europäische Kommission im Jahr 2023 insgesamt 185,9 Mio. Euro bereit. Bis 20. April 2023 können Stakeholder ihre Anträge für Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für landwirtschaftliche Erzeugnisse an die EU-Kommission übermitteln. Für die Finanzierung von "Simple"-Kampagnen sind 82,4 Mio. Euro reserviert, während sich das EU-Budget für "Multi"-Kampagnen auf 84 Mio. Euro beläuft.

Detaillierte Informationen zu förderfähigen Aktivitäten, verfügbarem Budget, Fristen sowie den Vergabekriterien und den einzureichenden Unterlagen sind unter dem Link rea.ec.europa.eu/funding-and-grants/promotion-agricultural-products-0/calls-proposals-promotion-agricultural-products_en abrufbar. (Schluss) hub

Strasser: Bundeskanzler Karl Nehammer ist Unterstützung des Bauernbundes sicher

Rede zur Zukunft der Nation von Bundeskanzler Nehammer verdeutlicht
Notwendigkeit der Landwirtschaft

Wien, 10. März 2023 (aiz.info). - Heute hat Bundeskanzler Karl Nehammer seine Rede zur Zukunft der Nation an die Österreicherinnen und Österreicher gerichtet und darin ein Bild des Landes im Jahr 2030 gezeichnet. "Bundeskanzler Karl Nehammer ist die volle Unterstützung des Österreichischen Bauernbundes sicher. In seiner Rede zur Zukunft der Nation hebt er zurecht die Bedeutung der Landwirtschaft als Teil des künftigen Zusammenlebens hervor: Sie bildet das Fundament unserer Gesellschaft, stellt die tägliche Versorgung mit Lebensmitteln sicher und erhält wertvolle Kulturlandschaften. Klar ist auch: Beschlüsse, die heute getroffen werden, entscheiden über die Lebensmittelproduktion von morgen. Es braucht einen gemeinsamen Schulterschluss, um den bäuerlichen Familienbetrieben in Österreich wirtschaftlich attraktive Arbeitsbedingungen zu bieten und eine starke Stimme gegen überbordende Regularien aus Brüssel", verdeutlicht Bauernbund-Präsident und ÖVP-Agrarsprecher Georg Strasser.

Die aktuelle geopolitische Lage, multiple Krisen und der Klimawandel stellen die Landwirtschaft vor große Herausforderungen. "Umso wichtiger ist deshalb das starke Bekenntnis unseres Bundeskanzlers zu einer produktionsfähigen Landwirtschaft. Die neue Periode der Gemeinsamen Agrarpolitik ist ökologischer als zuvor, gleichzeitig brauchen unsere Bauernfamilien Perspektiven. Der Europäische Green Deal ist ein zukunftsweisendes Instrument, doch wir fordern eine umfassende Evaluierung und Anpassung der Einzelmaßnahmen. Wenn heimische Lebensmittel sukzessive durch Importprodukte verdrängt werden, ist niemandem geholfen. Regionale Kreisläufe schützen das Klima und helfen der Wirtschaft", betont Strasser.

Auch die Rolle der Landwirtschaft beim Ausbau erneuerbarer Energien hebt Strasser hervor: "Bei der Regierungsklausur Anfang des Jahres hat sich Karl Nehammer für die vermehrte Produktion von heimischem Biogas stark gemacht. Beim Ausbau von Photovoltaik fordern wir, zunächst Dächer und versiegelte Flächen in Angriff zu nehmen, um die Lebensmittelproduktion nicht aufs Spiel zu setzen. Die Landwirtschaft ist Teil der Lösung und beteiligt sich an sinnvollen Konzepten für die Zukunft. Erwähnt sei hier etwa das Förderprogramm 'Energieautarke Bauernhöfe', das dank des Engagements von Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig seit 15. Februar beantragbar ist", verweist Strasser auf den wichtigen Anteil der Bäuerinnen und Bauern an der Energiewende. (Schluss) APA OTS 2023-03-10/09:06

LBG-Farm-Managementsystem vereinfacht Aufzeichnungen für den MFA

Tools für Anbauplanung, Begrünungskonzepte und Umweltschutz-Maßnahmen

Wien, 10. März 2023 (aiz.info). - LBG Agrar, das webbasierte Farm-Managementsystem für Düngung, Pflanzen- und Gewässerschutz, unterstützt Landwirtinnen und Landwirte bei der Dokumentations- und Aufzeichnungspflicht für Maßnahmen im Mehrfachantrag (MFA) der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2023. Die Agrarsoftware ermöglicht etwa die Anbauplanung zur Vorbereitung für die MFA-Abgabe, die Anzeige der Prozentgrenzen (75% Getreide/Mais-Anteil, 55% größte Kultur, 7% Biodiversitätsflächen etc.) sowie die Überprüfung der Begrünungszeiträume bei Teilnahme am "System Zwischenfruchtanbau" und die Berücksichtigung von Untersaaten.

Auch Spezialauswertungen für beispielsweise das "System Immergrün" inklusive Überprüfung der begrünten Flächen oder für die "bodennahe Ausbringung flüssiger Wirtschaftsdünger und Separierung von Rindergülle" können in wenigen Schritten abgerufen werden. Grundstücke für das Nitrat-Aktions-Programm bzw. den vorbeugenden Grundwasserschutz werden beim AMA-Flächenimport automatisch erkannt. Gleichzeitig wird für Grundwasserschutz-Flächen auch die Stickstoffsaldierung sowie die Fortschreibung des Stickstoffsaldos durchgeführt.

LBG Agrar eignet sich sowohl für konventionelle Acker-, Obst-, Wein- oder Gemüsebaubetriebe als auch Biobetriebe. Zur Verfügung stehen die drei Module "Gesetzliche Aufzeichnungen" (5 Euro/Monat inkl. USt), Pflanzenschutz-Check & Lager (13 Euro/Monat inkl. USt.) und Betriebswirtschaft (20 Euro/Monat inkl. USt.). Das Farm-Managementsystem ist die webbasierte Alternative zum erprobten LBG Bodenwächter. (Schluss)

NÖ Bauernbund fordert Verfassungsrang für Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln

Auch Investitionsschutzgesetz für systemrelevante Infrastruktur soll gelten

St. Pölten, 10. März 2023 (aiz.info). - In Rückschau auf die Corona-Pandemie in Österreich und die teilweise leeren Regale nach panischen Hamsterkäufen, insbesondere bei den Grundnahrungsmitteln, fordern NÖ Bauernbundobmann LH-Stv. **Stephan Pernkopf** und NÖ Bauernbunddirektor **Paul Nemecek** einen Schutz der Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln im Verfassungsrang sowie ein Investitionsschutzgesetz in der systemrelevanten Infrastruktur. "Agrarpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik, weil sie die Grundlage schafft, dass Lebensmittel produziert werden können, und damit das Überleben gesichert ist. Und unsere Bäuerinnen und Bauern haben diesen Versorgungsauftrag ausnahmslos zu jeder Zeit erfüllt und die Regale wieder angefüllt. Dafür verdienen sie Dank und Anerkennung, aber vor allem ordentliche Produktionsbedingungen, um weiter Österreich versorgen zu können", so Pernkopf und Nemecek zur Versorgungssicherheit in Österreich.

Die beiden Bauernbündler sehen große Herausforderungen auf die Landwirte in Europa im Hinblick auf die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln zukommen. Dazu zähle mitunter das geplante Mercosur-Handelsabkommen. "EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen entwickelte unlängst den Plan, das Abkommen durch einen Verfahrenstrick ohne Zustimmung der nationalen Parlamente zu genehmigen: Kommt das Mercosur-Abkommen, dann wird Europa mit Rindfleisch aus Übersee förmlich geflutet. 100.000 t zusätzlich pro Jahr werden immer mehr heimische Bäuerinnen und Bauern aus dem Markt drängen. Dann droht beim Rindfleisch ein drastischer Rückgang in der Produktion", zeigt sich Nemecek besorgt.

Pernkopf wiederum verdeutlicht, dass ein Rückgang der bäuerlichen Betriebe und der Viehbestände eine Steigerung der Importe zur Folge habe. "Für die Bäuerinnen und Bauern bedeutet das einen noch kleineren Anteil am Markt, für die Umwelt mehr schädliche Transportemissionen und für die Konsumenten noch mehr Unsicherheit, wo das konsumierte Fleisch eigentlich herkommt und wie es produziert wird, und nicht zuletzt den Verlust der Versorgungssicherheit für die gesamte Bevölkerung", appelliert Pernkopf für eine "Abkehr von der bauernfeindlichen EU-Politik. "Wenn uns das nicht gelingt, dann werden wir noch öfter leere Regale in den Supermärkten erleben, wie sie beispielsweise auch im von Import-Abhängigkeit geprägten Großbritannien mittlerweile durchgehend Lebensrealität sind", so Pernkopf. (Schluss)